

29/85

in der CDU Für Deutschland

Offensive '87

CDU
sicher
sozial
und frei



Bundeskanzler Helmut Kohl, Bundestagspräsident Philipp Jenninger, CDU-Generalsekretär Heiner Geißler und CDU-Bundesgeschäftsführer Peter Radunski: Die CDU hat ihre besten Leute aufgeboten, um der Partei den Mut zu machen, mit dem eine Offensive nur gelingen kann.

Foto: Presse-Service

Jetzt geht's los

Besser hätte der Start zur Offensive '87 nicht sein können: Die 251 am Montag morgen (23.9.85) im Bonner Konrad-Adenauer-Haus erschienenen Kreisvorsitzenden der CDU stellten sich nicht nur voll hinter die Aktion, sondern gaben dem Parteivorsitzenden, Bundeskanzler Helmut Kohl, der ebenso wie Generalsekretär Heiner Geißler einen politischen Lagebericht abgab, die feste Zuversicht mit ins Kanzleramt, daß er sich auf seine Partei verlassen kann. Diese Partei hat den festen Willen, in die Offensive zu gehen. Angesichts der Gewißheit, daß SPD und Helfershelfer die Erfolge der Union bestreiten und in der Öffentlichkeit diffamieren werden, kommt es jetzt darauf an, daß die CDU sich auf die eigene Kraft besinnt.

Das war auch die Auffassung der zahlreichen Diskussionsredner aus den Reihen der Kreisvorsitzenden, von denen einige sich allerdings vehement darüber beklagten, daß die unbestreitbaren Erfolge der von Bundeskanzler Helmut Kohl geführten Bundesregierung durch unnötige Streitereien in der Koalition überlagert würden. In seiner Erwiderung, wie später in der Pressekonferenz, ließ Heiner Geißler keinen Zweifel daran, daß die CDU

nicht länger zusehen werde, wie der Streit die gute Arbeit und die besseren Argumente überdecke.

Die Teilnehmer der Konferenz wurden alle mit den neusten Materialien für die Herbstoffensive ausgestattet. Die von der Bundesgeschäftsstelle zusammengestellten Informationsmappen — ebenso wie die im Foyer des Adenauer-Hauses gezeigte Ausstellung — fanden viel Anerkennung und Beifall.

„Jetzt geht's los — Jetzt fangen wir an“, das hörte man oft. Und die von Regierungssprecher Friedhelm Ost im neuen CDU extra gefundene Formulierung „Nicht Miesmacher, sondern Mitmacher sind gefragt, den positiven Kurs des Bundeskanzlers mitzutragen“ fand allgemeine Zustimmung.

Ausgestattet mit den in UiD 28/85 vorgestellten Materialien können alle Parteibände sofort mit ihren Aktionen beginnen. Sie unterstützen damit nicht nur den Bun-

deskanzler und Parteivorsitzenden, sondern helfen auch mit, die erfolgreiche Politik dieser Regierung den Bürgern nahezubringen. Gleichzeitig sind die Aktionen zur Beschäftigungspolitik eine Antwort auf die zu erwartenden Demonstrationen des DGB.

Dazu gab Heiner Geißler folgende Anregung: Laden die örtlichen Gewerkschaften CDU-Vertreter zu Diskussionen ein, dann ist die Teilnahme selbstverständlich. Dann können wir unseren Standpunkt klar machen. Wird der Union die Darstellung ihrer Position verwehrt, beteiligt man sich nicht (siehe auch Redetext Geißler).

Zitat

„Eine große Volkspartei wie die CDU hat es nicht nötig, sich von oben beschimpfen zu lassen!“

(Heiner Geißler)

Eine Stimme für viele:

„Wir müssen offensiv unsere Politik nach draußen vertreten!“

Die Debatte wurde mit einem Beitrag des Vorsitzenden des Kreisverbandes Höxter, Rösenberg, eröffnet, den wir in gekürzter Form als Beispiel für die vielen Beiträge anderer an dieser Stelle veröffentlichen.

Herr Bundeskanzler, Herr Generalsekretär, meine sehr verehrten Damen und Herren, als ich heute morgen mit dem Zug von Ostwestfalen in die Bundeshauptstadt fuhr, befand ich mich mit meinem Kollegen, dem Kreisvorsitzenden von Hagen, in einem Abteil. Wir diskutierten über die Ergebnisse des Kongresses der Kommunalpo-

litischen Vereinigung vom letzten Wochenende. In unserem Abteil saßen zwei Mitglieder, die spürten, daß wir Mitglieder und Funktionsträger der CDU sind und die kamen zur Sache. Einer von ihnen sagte, daß die jetzige Bundesregierung eine gute Politik betreibt, daß sie aber nicht in der Lage ist, die Ergebnisse dieser guten Politik ausreichend zu verkaufen. Der Verkauf sei schlecht. Das ist kein neues Argument, das höre ich als Kreisvorsitzender in allen Versammlungen auch unseres Kreisverbandes. Darüber sollten wir einmal nachdenken und diskutieren.

So können wir dem DGB antworten

Was sollen wir tun, wenn der DGB seine vorgesehene Aktionswoche vom 14. bis 20. Oktober überall im Lande durchführt? In der Rede von Heiner Geißler ist nachzulesen, wie wir uns grundsätzlich verhalten. Die CDU-Verbände haben jedoch selbst die Möglichkeit, auf falsche Behauptungen die richtige Antwort zu geben.



Ihnen stehen folgende Materialien zur Verfügung:

- das Zeitungsflugblatt „Jetzt geht's los!“
- die Musterrede (im UiD 28/85 erschienen)
- die Argumentationskarten und
- die Beschäftigungsaktion 10 000.

Diese Materialien, die im hinteren Teil des UiD noch einmal ausführlich vorgestellt werden, zeigen die Kompetenz und das Engagement der CDU in der Beschäftigungspolitik. Wir machen Politik für alle!

Wenn ich im Ortsverband bin, heißt das auch „Ihr dort oben seid nicht in der Lage, die Ergebnisse unserer Politik zu verkaufen“. Wir müssen hier zu einer anderen Sprachregelung kommen, d. h. nicht „Ihr“, sondern es heißt „Wir“, denn wir alle als Funktionsträger oder Mitglieder sind eingebunden in die Erfolge oder Mißerfolge einer politischen Partei.

Wenn wir als Funktionsträger und wenn die Mitglieder vor Ort sich weiter in dieser Defensivwelle bewegen und mehr kritisch hinterfragen als offensiv die Politik nach draußen gegenüber dem Bürger vertreten, dann dürfen wir uns nicht darüber wundern, wenn die Wahlergebnisse sich negativ entwickeln können.

Ich habe leider den Eindruck, auch in unserer christlichen Partei, daß nicht die christliche Tugend der Hoffnung überhand hat, sondern eine unchristliche Tugend des

Pessimismus', dem wir überwiegend nachlaufen. Die Ergebnisse unserer Politik müßten an sich in eine andere Richtung sich vollziehen.

Als ich heute morgen das Haus hier betrat, wurde ich positiv angesprochen, nämlich durch diesen Button „Offensive '87“. Auch das „Wir“-Bewußtsein sollten wir wieder verstärkt in den Mittelpunkt unserer Bemühungen stellen.

Diese Bürger sagten ein Zweites heute morgen im Zug. Sie sagten, daß die Ergebnisse dieser Bundesregierung leider überschattet werden durch das unsolidarische Verhalten wichtiger Positions- und Funktionsträger. Der Begriff „Solidarität“ sollte m. E. nicht nur als Grundwert in unserem Grundsatzprogramm stehen, sondern viele, ja alle in unserer Partei, sollten diesen Begriff der „Solidarität“ täglich praktizieren, das stände uns allen besser an.

Helmut Kohl:

Wir schaffen es

Meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Freunde, ich eröffne die heutige Zusammenkunft der Kreisvorsitzenden der Christlich-Demokratischen Union. Das ist eine, wie Sie wissen, in der Satzung nicht vorgesehene Tagung, aber wir haben seit vielen Jahren, und ich glaube mit großem Erfolg, diese Möglichkeit zur Information und zur Aussprache genutzt. Ich darf Sie alle sehr herzlich begrüßen und hoffe auf eine interessante und — dazu darf ich Sie ausdrücklich einladen — sehr offene Diskussion.

Diese Zusammenkunft der Kreisvorsitzenden oder ihrer Stellvertreter gibt der Parteiführung die Möglichkeit zum zwanglosen Gespräch mit den Parteifreunden, die unmittelbar vor Ort Verantwortung tragen: Viele von Ihnen sind ja nicht nur Kreisvorsitzende, sondern bekleiden auch bedeutende kommunalpolitische Ämter. Dieses Gespräch ist sehr wichtig für die Entwicklung unserer politischen Linienführung hin zur Bundestagswahl 1987. Und ich darf die Gelegenheit nutzen, Ihnen vorab zu danken, denn die letzten Monate waren besonders schwierig — vor allem in jenen Ländern, die Wahlen hatten. Ich möchte Ihnen danken für Ihr Mittun, für Ihre Arbeit im Dienste unserer gemeinsamen Sache.

Wir treten jetzt in eine entscheidende Phase im Blick auf die Bundestagswahl im Januar 1987. Aber auch das Jahr 1986 bringt eine ganze Reihe wichtiger Wahltermine. Ich erinnere an die Kommunalwahlen im März in Schleswig-Holstein und im Herbst in Niedersachsen, an die Landtagswahl im Juni in Niedersachsen, an die bayerische Landtagswahl am zweiten Oktobersonntag, und die Bürgerschaftswahl in Hamburg vermutlich Ende November des nächsten Jahres. Das bedeutet für die Arbeit hier in Bonn, daß wir in den nächsten Monaten so vorankommen — auch in der parlamentari-

schen Auseinandersetzung —, daß unsere Gesetzgebungsvorhaben im wesentlichen bis spätestens März des kommenden Jahres entweder abgeschlossen oder jedenfalls in der öffentlichen Diskussion soweit gediehen sind, daß wir den nötigen Raum und die nötige Zeit für die volle Auseinandersetzung mit dem politischen Gegner in den letzten zehn, elf Monaten der Legislaturperiode haben.

Am Anfang meines Berichts möchte ich zunächst daran erinnern, daß in dieser Woche vor drei Jahren die Vertreter von FDP, CSU und CDU zum ersten Mal zusammensaßen, um die Grundlagen der neu zu begründenden Koalition der Mitte miteinander zu diskutieren. In diesen drei Jahren haben wir Gewaltiges geleistet, und auch darüber ist heute zu sprechen. Am ersten Oktober 1982, liebe Freunde, unmittelbar nach meiner Wahl zum Kanzler, hatte ich in meiner Dankadresse an die Bundestagsfraktion — ich bin ja an diesem Tag als Fraktionsvorsitzender ausgeschieden — darauf hingewiesen, daß wir uns auf eine ungewöhnlich schwierige Wegstrecke machten und daß wir durch Höhen und Tiefen, auch in der öffentlichen Auseinandersetzung, schreiten müßten. Jedem von uns war klar — vor allem jedem, der nachdenklich die Szenerie beobachtet hatte —, daß angesichts des Zustands, in dem sich unsere

Republik im Herbst 1982 befand, eine Summe von schwierigsten und schwer vermittelbaren Maßnahmen zur Gesundung des Landes zu treffen war. Ich habe damals gesagt, daß das, was auf uns zukomme, wie das Steuermanöver eines Riesentankers sei, der mitten in der Strömung gewendet werden müsse und dabei auch auf Gegenströmungen treffe, die außerordentlich schwierig zu bewältigen sein würden.

Wir haben uns auf den Weg gemacht, aber eines unserer Probleme war und bleibt die Fülle von Erwartungen unserer Mitbürger. Das kulminierte am Wahltag, am 6. März 1983. Viele glaubten, mit der Wahl sei die Wende bereits geschafft.

Wir haben in der Zwischenzeit erfahren müssen, daß wir auf dieser Durststrecke der Politik zwar im Ergebnis ungewöhnlich erfolgreich waren, beim Vermitteln dieser Erfolge aber große Probleme hatten. Liebe Freunde, nach drei Jahren kann ich jedoch vor Sie hintreten und ohne Wenn und Aber sagen, daß wir die Wende der deutschen Politik geschafft haben, daß dies Land nach den Jahren von 1969 bis 1982 deutlich wieder im Aufwind steht.

Viele von denen, die darüber berichten, kommentieren und schreiben, mögen es nicht ernsthaft wahrhaben wollen, aber jeder Besucher, der von außerhalb unserer Staatsgrenzen hierher kommt, spricht mich darauf an und bestätigt dies deutlich. Das gilt für die Außen-, die Sicherheits-, die Deutschlandpolitik, das gilt für die Wirtschafts-, Sozial-, für die Gesellschaftspolitik insgesamt, das gilt vor allem für die Familienpolitik, wo Heiner Geißler, der in diesen Tagen aus dem Amt ausscheidet, Großartiges geleistet hat.

Die Dimension des Weges, den wir in diesen drei Jahren zurückgelegt haben, kann man am besten ermessen, wenn sich ein jeder von uns einmal selbstkritisch fragt, wo

mit er persönlich vor drei Jahren gerechnet hat, und wo wir heute in Wirklichkeit stehen.

Daß unser Weg schwierig sein würde, war von vornherein aus einem besonderen Grund ganz klar: Dies ist keine Regierung allein der CDU, sondern eine Koalition mit unserer Schwesterpartei CSU und mit der FDP, die es aus ihrem Selbstverständnis heraus natürlich nicht einfach hatte und hat, mit einem schwierigen Umstand fertigzuwerden: Sie war an der damaligen Regierung beteiligt und hat eine wesentliche Mitverantwortung getragen. Inzwischen tut sie ab und zu so, als wäre sie damals überhaupt nicht dabei gewesen. In diesem Zusammenhang gibt es in der Partei — und ich spreche dies ganz offen an, dazu sind wir ja zusammengekommen — gelegentlich Kritik auch an mir, etwa in dem Sinne warum es nicht möglich sei, die Koalition straffer zu führen. Nun, ich bin bald vierzig Jahre politisch tätig. Ich habe die ganze Zeit seit 1949 bewußt miterlebt, in einem Teil später mitgestaltet, und lese immer wieder gerne nach, was Adenauer 1962 zum Thema Koalition geäußert hat. Es war just die gleiche Koalition wie die jetzige: CDU, CSU und FDP. Die prägenden Gestalten waren übrigens zum Teil ebenfalls die gleichen. Sie sind zwar wie wir alle älter geworden in der Zwischenzeit, aber sie sind die gleichen geblieben. Und gerade deshalb ist es so interessant, daß Adenauer damals daran erinnert hat, daß Bundesminister nicht nur Parteileute, sondern eben auch Kabinettsmitglieder sind.

Allerdings gibt es neben der Richtlinienkompetenz des Kanzlers — die ist ganz unstrittig, auch nach der Verfassung —, auch die Koalitionsabsprachen. Und diese gehen bis hin zum personellen Bereich, zu Einzelfragen der Mitwirkung der jeweiligen Koalitionspartei. Wer also eine

solche Regierung führt, muß beides ermöglichen: das Durchsetzen der richtigen Politik und das Zusammenhalten der Enden. Und da ich — wie Sie wissen — von morgens bis abends an jedem Tag von Mitbürgern begleitet bin, die nur darüber nachsinnen, wie es mir möglichst gut gehen möge, können Sie sich leicht denken, wie schwierig dieses Geschäft an manchen Tagen ist.

Damit wir uns nicht falsch verstehen, liebe Freunde: Das ist keine Ausflucht für irgend etwas. Niemand hat mich gezwungen, für das Amt des Bundeskanzlers zu kandidieren, und trotz aller Ärgernisse bleibt es meine Pflicht, mich in der als richtig erkannten Politik nicht beirren zu lassen. Gleichwohl müssen wir uns jetzt — 16 Monate vor der nächsten entscheidenden Bundestagswahl und auch angesichts der wichtigen Landtagswahlen, die ich aufgezählt habe — darauf besinnen, daß jede Profilierung in der Koalition zu Lasten des anderen unsinnig und falsch ist.

Natürlich begrüße ich es, wenn Martin Bangemann heute früh — für meinen Geschmack drei Tage zu spät — nach meiner Replik in einem Interview gesagt hat, seine Kritik an der CDU täte ihm sehr leid. Aber ich finde, es wäre sehr viel besser, das Ganze wäre überhaupt nicht in die Öffentlichkeit gekommen.

Manchmal denke ich da an jenen zorn erfüllten Satz von Windthorst auf der Höhe des Kulturkampfs, gesprochen auf einem Zentrumsparteitag im Gürzenich in Köln: „Der Herr bewahre mich vor meinen Freunden, vor meinen Feinden schütze ich mich selbst.“

Wir haben unseren Weg in diesen drei Jahren zurückgelegt im Angesicht einer — das war nicht anders zu erwarten, auch darüber beklage ich mich nicht — gewaltigen Propagandafront aus dem linken Spektrum. Und dabei geht es nicht nur

um das Medienspektrum, sondern auch um wichtige Organisationen der Gesellschaft. Ich kann natürlich bei einer nüchternen Einschätzung der Lage nicht von Herrn Breit erwarten, daß ich als Bundeskanzler erste Wahl für die sozialdemokratisch geprägte Führung des Deutschen Gewerkschaftsbundes bin. Und weil dies so ist, muß an sich auch dementsprechend kämpferisch mit dieser Seite genauso auseinandersetzen wie mit einem Teil der Publizistik. Und was diese, was die Publizistik angeht, könne Sie einfach davon ausgehen — und auch das gehört zum Alltag von Bonn, daß ein Teil davon nahezu jede Möglichkeit nutzt, unsere Sache zu diffamieren bzw. dieser Sache zu schaden. Das ist dann ganz gut zu verkraften, wenn einige mehr von uns jene von mir wirklich gezeigte Gelassenheit diesen Medien gegenüber bezeugen würden. Wir können uns von einigen Druckerzeugnissen, die da montags oder donnerstags in einem Teil Norddeutschlands erscheinen, nicht die deutsche Politik vor schreiben lassen. Ich werde das jedenfalls nicht tun.

Liebe Freunde, wir haben ja auch eine Ausgangsposition, auf die immer wieder hinzuweisen sich durchaus lohnt. Es ist alles andere als falsch, unsere Mitbürger immer wieder daran zu erinnern, wo wir herkommen. Offensichtlich ist es die geschichtliche Verantwortung der Union, daß sie gerade in einer kritischen Lage unseres Volkes den Auftrag erhält, den Karren aus dem Dreck zu ziehen. Das war 1949 so, und das war 1982 so.

Vergessen Sie deshalb bitte nicht, die Erb last gegenüber unseren Mitbürgern als so drückend zu beschreiben, wie sie wirklich war. Und dies ist die alleinige Verantwortung jener, die von 1969 bis 1982 regiert haben, allen voran der deutschen Sozialdemokratie.

Und wenn für mich die Wende tatsäch-

lich eingetreten ist, so zuallererst in jener entscheidenden Frage, die die Demoskopen immer wieder stellen: Inwieweit die Menschen Hoffnung haben für die Zukunft oder nicht. Wir waren im Jahre 1982 in einer ausgesprochen depressiven Phase. Ein törichter Zukunftspessimismus — von vielen immer wieder unter die Menschen, nicht zuletzt unter die junge Generation gebracht — hatte seine schlimmen Folgen gezeitigt. Er bleibt ein Problem, das in unserem Land immer noch gelegentlich auftaucht.

Doch wenn es uns gelingt, liebe Freunde, mit unseren Erfolgen gemeinsam die Perspektive, die Überzeugung: Wir schaffen es, wir haben es geschafft, wir haben Zukunft, zu vermitteln, brauchen wir uns über das Wahlergebnis weiter keine Sorgen zu machen. Das ist die entscheidende Ausgangsposition für den Sieg der Union. Und, liebe Freunde, dafür haben wir vielfältige Voraussetzungen geschaffen.

Im außenpolitischen Bereich war die Bilanz der Regierung Schmidt so, daß wir bei unseren Gegnern im Osten Unsicherheit erregt haben über den Kurs. Wir haben aber auch, was viel schlimmer war, bei unseren Freunden eine außergewöhnliche Vertrauensinbuße zu verzeichnen gehabt. Für mich war dies ein entscheidender Grund, die Wahl am 6. März zu erzwingen, obwohl auch damals viel Skepsis in der Partei umging und nicht wenige — auch Kreisvorsitzende — mir noch im Januar, Februar 1983 schrieben: Wie kannst du wählen lassen in einer Situation, die so viele Opfer verlangt und in der zahlreiche Bürger nicht verstehen, was wir tun müssen. Ich sage jetzt noch einmal — wie damals, und die Geschichte hat es bestätigt: Ohne die siegreiche Wahl am 6. März hätten wir die Herausforderung der Stationierung der Mittelstreckenwaffen nicht bestehen können. Sie werden sich vielleicht daran erinnern,

daß jetzt im September vor zwei Jahren im Zusammenhang mit der Stationierung der Pershings die Diskussion bis weit in die Partei hineinreichte — der sogenannten Friedensbewegung und vieler anderer Desorientierter, mancher nützlicher Idioten und vieler einfach besorgter Mitbürger, die nichts anderes als Furcht und Lebensangst artikulierten —, ob wir dieses Risiko auf uns nehmen könnten.

Ich habe damals gesagt: Wir sind ein verlässlicher Partner, und ohne unsere Entscheidung — die bitter und schwer war — würde die Erosion der NATO unaufhaltsam voranschreiten. Wir haben die NATO stabilisiert. Vor allem haben wir das in Europa geleistet, und damit für das ganze Gebäude der NATO.

Damals hieß es, mit dieser Stationierung werde ein Raketenvorhang heruntergehen, und dieser Raketenvorhang werde zur Folge haben, daß unsere Beziehungen nach Osten, vor allem zur DDR, einfrieren würden. Sie wissen so gut wie ich, daß dies nicht eingetreten ist. Wir haben — ohne ein einziges Prinzip aufzugeben, mit mir als Regierungschef käme das auch nicht in Frage und wäre auch nicht der Preis für irgendeine Koalition — in der Deutschlandpolitik entscheidende Fortschritte erreicht. Zu keinem Zeitpunkt seit dem Bau der Mauer sind mehr Mitbürger aus der DDR zu uns gekommen. Die Zahl der Besucher ist wieder gestiegen, was wir jenseits prinzipieller Fragen mit der DDR verhandeln und verabschieden konnten, ist geschehen. Wir sind auf einem guten Weg in einer Reihe von Fragen — im Bereich des Verkehrs, der Umwelt und schließlich auch eines Kulturabkommens. Generalsekretär Honecker hat in diesen Tagen in Leipzig ausdrücklich bestätigt, daß auch er die Absicht habe, auf diesem Weg voranzukommen.

Zur Wende gehört allerdings auch, daß jetzt in diesen drei Jahren wieder über Deutschland und die Einheit der Nation gesprochen wird, und zwar klar und ohne Wenn und Aber, weil wir uns zu unserem Grundgesetz in allen seinen Teilen bekennen, weil wir die Partei auch der Präambel des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland sind. Wer das Risiko eines Regierungswechsels für den Rest der achtziger Jahre erwägt, der muß mitbedenken: Zwar werden in der SPD jene Kräfte vor der Wahl verstummen, die später einmal — wenn sie jemals die Macht haben sollten — auch die Präambel unseres Grundgesetzes zur Disposition stellen würden. Klar ist aber, daß der Wille zur Neutralisierung der Bundesrepublik, daß der Wille zu einer europäischen Extratour der Deutschen in der SPD latent zugenommen hat: Wir haben es gegenwärtig mit einem steigenden linken Nationalismus zu tun, nicht nur bei den GRÜNEN, sondern bis tief hinein in die deutsche Sozialdemokratie. Hier fühlen wir uns wirklich im besten Sinne des Wortes als Erben Adenauers. Wir halten an der Einheit der Nation fest, auch wenn wir wissen, daß diese Frage gegenwärtig keiner schnellen Lösung zugeführt werden kann. Liebe Freunde, das ist nicht irgendein Thema, und wenn Sie den Wandel auch im Denken vieler junger Leute beobachten, wenn Sie das wieder aufgekommene Bewußtsein für die Geschichte des eigenen Volkes beobachten, so kann ich nur resümierend sagen: Dies sind alles in höchstem Maße erwünschte Entwicklungen, und wir sollten sie pfleglich behandeln und auf diesem Weg Zeichen setzen. Vor wenigen Jahren wurde noch in Wahlkämpfen gegen uns polemisiert, wir seien die Partei, deren politische Zielsetzung den Frieden und letztendlich auch die Freiheit gefährden würde.

Wir können aus gutem Grunde heute sagen — im Sinne des Slogans der SPD der sieb-

ziger Jahre: Wir haben den Frieden wirklich sicherer gemacht. Die Bundesrepublik Deutschland ist heute ein Land in einer der sichersten Regionen dieser Erde. Durch unsere Politik ist die Angstwelle, aus welchen Gründen sie auch immer kam, gebrochen. Und wir haben es geschafft, indem wir deutlich machten: Wir sind der irreversibile Teil der westlichen Welt, Teil der freien Welt.

Liebe Freunde, wir haben dabei nicht den Preis jenes Streits gezahlt, der die Partei in den sechziger Jahren erschütterte: mit jener törichten Auseinandersetzung zwischen Atlantikern und Gaullisten. Wir haben heute exzellente Beziehungen zu den Vereinigten Staaten, wir haben ebenfalls ausgezeichnete Beziehungen zu unseren europäischen Nachbarn und Freunden, und dies gilt vor allem für das Kernstück des werdenden Europas im Sinne des Deutsch-Französischen Freundschaftsvertrages, unsere Beziehungen mit der Französischen Republik. Es war nicht selbstverständlich, daß der Sozialist François Mitterrand dazu einen so positiven Beitrag geleistet hat. Es war überhaupt nicht selbstverständlich, daß der Präsident der Französischen Republik bereit war, in einer kritischen parlamentarischen Situation vor der Stationierung in den Deutschen Bundestag zu gehen und sich dort im Sinne unserer Politik zu äußern. Wer damals dabei war, wird die Gesichter der Sozialdemokraten nie vergessen. Es war nicht selbstverständlich, daß François Mitterrand und ich im Vorfeld der Erinnerung an den 40. Jahrestag des Endes von Krieg und NS-Diktatur gemeinsam nach Verdun gingen. Und ebenso wenig war es selbstverständlich, daß der amerikanische Präsident eine ähnliche Geste der persönlichen Freundschaft tat, obwohl der US-Kongreß und eine aufgewühlte öffentliche Meinung in den Vereinigten Staaten ihm anderes geraten

haben. Wir können heute sagen: Was die NATO angeht und die Fähigkeit zur Verteidigung der Freiheit, haben wir den richtigen Weg beschritten.

Wir haben auch in einem anderen Bereich Stagnation überwunden: in der Europapolitik. Trotz mancher Europamüdigkeit auch im eigenen Land, auch in der eigenen Partei bleibt es dabei: Es gibt keine Alternative zur Einigung Europas. Wer zurückwill zum Nationalstaat des 19. Jahrhunderts, führt uns Deutsche in die Isolation. Das kann niemals unsere Politik sein.

Auf dem Weg nach Europa werden wir jedoch nur in kleinen Schritten vorankommen. Die Ausweitung der Befugnisse des Europäischen Parlaments ist allerdings überfällig. Man kann vom Bürger auf Dauer nicht erwarten, daß er in freier und direkter Wahl ein Parlament wählt, das kaum Kompetenzen hat. Außerdem brauchen wir eine Reform der Institutionen, vor allem eine Änderung beim Abstimmungsverfahren. Wir wollen Schritt für Schritt zur Mehrheitsregel kommen, wobei wir Deutschen als die Hauptzahler in der EG darauf achten müssen, daß uns die Abstimmungsregeln bei Finanzierungsfragen weiterhin erlauben, unsere vernünftige Position zu bewahren. Liebe Freunde, für die Bundesrepublik Deutschland gibt es aus vielen Gründen keine Alternative zu Europa. Wenn Spanien und Portugal demnächst Teil der Gemeinschaft sind, werden wir rund 60 Prozent unserer Exporte in Länder der Europäischen Gemeinschaft liefern. Wenn wir, was vermutlich gelingen kann, in wenigen Wochen in Luxemburg die Vollendung des europäischen Binnenmarktes bis 1992 vereinbaren, werden wir Deutschen die Hauptnutznießer sein — trotz aller Probleme, die dabei auf uns zukommen. Aber die Einheit der Deutschen wäre im vergangenen Jahrhundert — vom Zollverein angefangen, über die Paulskir-

che, den Norddeutschen Bund bis hin nach Berlin — nicht möglich gewesen, wenn die damals Verantwortlichen nicht auch Risiken auf sich genommen hätten. Wir brauchen dieses Europa aber noch aus einem weiteren Grund, und zwar mehr als unsere Partner: Wir sind ein geteiltes Land, und die Teilung unseres Vaterlandes ist nur zu überwinden mit friedlichen Mitteln, das heißt mit dem Wohlwollen unserer Nachbarn und mit ihrer Unterstützung. Dazu brauchen wir das Bewußtsein vor allem unserer Freunde, daß es ein unnatürlicher Zustand ist, die alte Hauptstadt Berlin und unser Land zu teilen, und daß wahrer Friede in Europa nicht möglich sein wird, wenn diese Schande nicht beseitigt wird.

Dabei dürfen wir allerdings nicht übersehen, daß die jetzige Führung der DDR bemüht ist, mit subtilen Methoden diese Politik zu unterlaufen. Sie weiß, daß sich der Traum Walter Ulbrichts nicht realisieren wird: die Bundesrepublik etwa wirtschaftlich zu überrunden. Deshalb haben sie sich darangemacht, unsere Geschichte zu okkupieren. Sie können das am Bachjubiläum erkennen, am Stadtjubiläum von Berlin, an der Würdigung von Heinrich Schütz, am Gedenken an Martin Luther, an der Darstellung des Grafen Stauffenberg im Zusammenhang mit dem 20. Juli, überall geht es um den Versuch, Geschichte für die sozialistisch-kommunistische Ideologie in Beschlag zu nehmen. In dieser geschichtlichen Auseinandersetzung werden wir unterliegen, wenn wir nur mit Wirtschaftsdaten die Zukunft gestalten wollen.

Deswegen ist es so außerordentlich wichtig, liebe Freunde, daß wir bei der bevorstehenden Wahl neben materiellen Fragen auch die immateriellen ansprechen. Wir haben dafür sehr gute Ansatzpunkte. Wir können auf die Diskussion der Sozialdemokraten über die Präambel des Grundgesetzes ein-

gehen. Wir müssen Herrn Rau fragen, was er persönlich dazu meint und wie seine Partei wirklich dazu steht. Wir können das Thema Bundeswehr bzw. Wehrdienst aufgreifen.

Die Auseinandersetzung um die Stationierung hat gezeigt, daß Kleinmut und Angst uns nicht weiterbringen. Wir haben unsere Entscheidung kraftvoll durchgesetzt. Unsere Bürger haben diese Entscheidung bejaht, als sie das feststellten. Heute ist es aus demographischen Gründen notwendig, ab 1990 den Wehrdienst von 15 auf 18 Monate zu verlängern. Aber da höre ich — ähnlich wie bei der Stationierung — besorgte Stimmen im Land. Mancher fragt — auch in der eigenen Partei —, ob wir das auf uns nehmen können angesichts der Tatsache, daß die anderen mit dem Gedanken spielen, den Wehrdienst vielleicht auf fünf Monate verkürzen zu können. Ich bin sicher: Bei einer Wahlentscheidung können wir einer klaren Mehrheit deutlich machen, daß eine Reduzierung der Bundeswehr auf die Dauer eine Zerstörung der NATO und damit den sicheren Verlust von Frieden und Freiheit für unser Land bedeuten würde.

Mancher wundert sich gleichwohl, weshalb wir die Wehrdienstnovelle noch vor der Wahl verabschieden. Nun, das Thema liegt auf dem Tisch, und wir sollten uns davor nicht drücken. Es ist mein Ziel, bis zum Frühjahr des kommenden Jahres, also in wenigen Monaten, das Gesetzgebungsverfahren abzuschließen und die Maßnahme kämpferisch zu verteidigen.

Ähnliches gilt auch für andere Fragen, die ich in der Kürze der Zeit nur streifen kann. Stichwort SDI: Die Sowjetunion mit ihrer gigantischen Propaganda vernebelt hier den Horizont. Die Sowjets sind seit über 10 Jahren dabei, solche Forschungen durchzuführen. Die Amerikaner haben nachgezogen. Beim Treffen

von Präsident Reagan und Generalsekretär Gorbatschow wird davon die Rede sein. Jedermann muß wissen: Zur Zeit geht es nur um Forschung bis Anfang der 90er Jahre. Wenn unsere amerikanischen Freunde die Europäer einladen, sich daran zu beteiligen, sind wir dazu bereit. Ich verweise auf die Kontakte von Firmen hier in der Bundesrepublik sowie in Europa nach drüben. Gegenwärtig sind es Firmen aus bereits acht europäischen Ländern, die Verhandlungen mit den Amerikanern führen. Wir Deutschen tun also nichts Exorbitantes, wir tun, was für uns nützlich ist. Und das gilt genauso für EUREKA.

Für alle diese Einzelbereiche lautet mein Schluß: Zur Politik der Union gibt es keine Alternative. Ich sage hier bewußt „der Union“, weil die tragende Säule der Politik zur Sicherung von Frieden und Freiheit in diesen drei Jahren wir, die Union, waren. Das gilt aber nicht nur für dieses Feld, das gilt auch für die Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik. Liebe Freunde, wir haben hier einfach großartige Ergebnisse erzielt. Angesichts mancher Diskussion in unseren eigenen Reihen — ich denke an den Satz, die Lage sei viel besser als die Stimmung — frage ich mich, warum wir nicht mehr aus diesen Erfolgen machen. Reden wir davon jeden Tag — aber nicht nur der Regierungssprecher, sondern wir.

Wenn Helmut Schmidt auch nur annähernd solche Daten in seinen Jahren aufzuweisen gehabt hätte, wäre die Propagandatrommel in seiner Partei und den ihr freundlich gesonnenen Organisationen rund um die Uhr gerührt worden. Was wollen wir eigentlich mehr in diesen Tagen als die Vergleichszahlen der OECD, und ich schließe hier die Japaner und die Amerikaner ein. Als ich vor ein paar Tagen die Funkausstellung in Berlin eröffnete, kam ich auch mit vielen Unternehmern zusammen, vor allem auch aus

dem mittelständischen Bereich, der bei der Kommunikationstechnologie mehr als jeder andere mit der japanischen Herausforderung konfrontiert ist. Ich habe nichts mehr gehört von Angst vor den Japanern. Ein neues Selbstbewußtsein ist gewachsen. Wir können auch gegenüber den Japanern bestehen, wenn wir unsere Intelligenz, unsere Forschungskapazitäten nicht für ideologischen Streit einsetzen, sondern für die Aufgabe der Zukunftssicherung.

Wir haben allen Grund zur Zuversicht. Sie kennen die Wirtschaftsdaten, die wir vor drei Jahren vorgefunden haben, und Sie kennen die jetzige Situation. Aber es ist schon eine ungewöhnliche Sache, daß man gelegentlich erläutern muß, daß wir mit nur 2 Prozent Preissteigerung den Weltrekord halten.

Liebe Freunde, lassen Sie uns das deutlicher sagen. Es ist die sozialste Tat, die im Rahmen einer marktwirtschaftlichen Ordnung denkbar ist. Für den Rentner, den Mann mit kleinem Einkommen, für den Sparer, für alle diese Gruppen unserer Bevölkerung bedeutet Preisstabilität eine Sicherheit für die Zukunft. Und alle Indikatoren deuten darauf hin, daß wir mit einer vergleichbaren Zahl in die Wahl gehen werden. Diese Zahl müssen wir unter die Leute bringen.

Das gilt ebenso für die Zuwachsrate des Bruttosozialprodukts, das gilt für die Möglichkeiten unserer Leistungsbilanz, das gilt überhaupt für alle Einzeldaten des Wirtschaftslebens — auch, und ich sage dies ausdrücklich, obwohl wir in diesem Punkt noch nicht über den Berg sind, für die Bewältigung der Massenarbeitslosigkeit.

Liebe Freunde, zwei Millionen Menschen waren arbeitslos, als wir die Regierungsverantwortung übernahmen. Ein kostspieliges Beschäftigungsprogramm nach dem anderen war davor erfolglos geblie-

ben und hatte gleichzeitig die Staatsschulden weiter in die Höhe getrieben. Wenn Sie heute die Auftragsbücher betrachten, dann werden Sie — von wenigen Branchen abgesehen — feststellen, daß die Investitionen steigen, daß die Binnenkonjunktur langsam, aber unübersehbar anspringt, daß sich das Klima völlig verändert hat. Wenn Sie also jemand fragt, wo der Wandel sei, nennen und erklären Sie diese Daten. Das ist auch deshalb notwendig, weil viele — übrigens auch in der Wirtschaft — für solche Zahlen offenbar nicht viel Sinn haben. Es ist wirklich nicht einfach zu verstehen, daß acht Tage vor der Wahl in Nordrhein-Westfalen in der Automobilindustrie erklärt wurde, es sei mit Kurzarbeit zu rechnen. Denn vier Monate danach hören wir, 1985 werde das Rekordjahr der Automobilproduktion in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland. Übrigens ein hervorragender Beweis, wie weit wir eine kapitalistisch verseuchte Partei sind und breite Unterstützung aus diesem Lager erhalten.

Liebe Freunde, bei dem Thema Arbeitslosigkeit sollten wir uns davor hüten, wie gebannt auf die Marke zwei Millionen Arbeitslose zu schauen. Natürlich ist es unser Ziel, diese Marke zu unterschreiten. Aber wenn Sie die statistischen Werte einmal genau betrachten, dann wissen Sie, wie ungeheuer schwer das ist angesichts der geburtenstarken Jahrgänge und neuer Bewerber, die jetzt hinzutreten.

Ich will die Statistik nicht in Zweifel ziehen, aber ich halte es für richtig, über dieses Thema nach der nächsten Bundestagswahl zu diskutieren und möglicherweise Veränderungen vorzunehmen.

Denn es ist zum Beispiel unbefriedigend, daß viele, nicht zuletzt mittelständische Unternehmer, aufgrund ihrer persönlichen Erfahrung freie Arbeitsplätze beim Arbeitsamt nicht mehr melden. Es ist unbefriedigend, daß von den über zwei Mil-

lionen Arbeitslosen so mancher im Traum nicht daran denkt, einen Arbeitsplatz anzunehmen.

Liebe Freunde, wir müssen darum kämpfen, daß am Wahltag unseren Mitbürgern vor allem eines klar ist: Die Gefahr, arbeitslos zu werden, wird für jene, die einen Arbeitsplatz besitzen, immer geringer. Denn machen wir uns keine Illusionen. Ich glaube nicht an die große Solidarität der Arbeitsplatzbesitzenden mit den Arbeitsplatzsuchenden. Ich sehe vielmehr, daß wir in Nordrhein-Westfalen und an der Saar vor allem deshalb Einbrüche erlebt haben, weil man unseren Mitbürgern versucht hat einzureden — oft mit Erfolg —, daß auch ihr Arbeitsplatz gefährdet sei. Der drastische Rückgang der Kurzarbeiterzahl von über einer Million auf unter 100 000, die Schaffung von über 150 000 zusätzlichen Arbeitsplätzen in den letzten zwölf Monaten signalisieren, daß wir auf einem guten Weg sind. Wir haben allen Grund, in dieser Frage selbstbewußt zu sein und die Diskussion offensiv zu führen.

Meine herzliche Bitte an Sie alle, insbesondere an die Kreisparteivorsitzenden und die Fraktionsvorsitzenden in den Kommunalparlamenten: Nehmen Sie Kontakt auf mit den örtlichen Handwerkskammern, Industrie- und Handelskammern, damit diese Stellen — nicht wir als Partei — die Frage der Statistik vor Ort diskutieren. Diese Diskussion auch über die steigende Zahl offener Stellen ist überaus wichtig. Jedes Schild vor einem Betrieb, auf dem eine Stelle ausgeschrieben wird, ist ein Stück auf diesem Weg der Bewußtseinsveränderung.

Gegen uns stehen ja Leute, die unseren Mitbürgern einreden wollen, daß das Massenelend in der Bundesrepublik unabweislich sei. Jenes Elend, liebe Freunde — ich sage es nicht zynisch —, das dazu führt, daß in diesem Jahr 25 Millionen

Bundesbürger ihren Urlaub im Ausland verbringen und dabei 28 Milliarden DM ausgeben. Auch das ist ein Zeichen dafür, was wir in diesen drei Jahren geleistet haben.

Ein ganz entscheidender Punkt bei der Wende in dieser Zeit ist für mich das zentrale Thema deutscher Innen- und Gesellschaftspolitik: die Familienpolitik.

Ich bitte Sie alle ganz dringend, Heiner Geißlers Abschiedsrede als Familienminister im Bundestag zur Hand zu nehmen und vor Ort auszuwerten. Es muß uns gelingen, aus einer kinderneutralen, ja in vielen Fällen kinderfeindlichen Gesellschaft eine kinderfreundliche Gesellschaft zu machen.

Der Staat kann dabei nicht alles leisten, andere Organisationen — ich verweise hier auf die Kirchen — haben mindestens ebensoviel Möglichkeiten. Aber wir können im materiellen Bereich Wesentliches tun, und wir haben es getan: zugunsten der Frauen, zugunsten der Mütter. Mir scheint, dies ist ein hochbedeutsamer Beitrag zur materiellen Zukunftssicherung des Landes, aber auch zu jenem immateriellen Bereich, von dem ich gesprochen habe. Wir haben dafür gesorgt, daß die Steuerreform in erster Linie den Familien zugute kommt. Die Wirkung wird in Kürze, am 1. Januar 1986, offenbar werden. Auch hier haben wir übrigens allen Grund zu mehr Selbstbewußtsein. Wenn ich sie alle hier vor zwei Jahren gefragt hätte, auf einer Kreisvorsitzendenkonferenz im September 1983, ob wir angesehen sein würden, eine 20-Milliarden-DM-Steuersenkung für 1986 und 1988 durchzusetzen, hätten die meisten von Ihnen mich für einen Phantasten gehalten. Das Gesetz ist verabschiedet. Und ich habe dabei immer Gerhard Stoltenberg unterstützt — wenn Sie auf ihn schimpfen, schimpfen Sie bitte auf mich — und es

abgelehnt, diese Steuersenkung mit gepumptem Geld zu finanzieren. Hier stand Meinung gegen Meinung. Ich weiß, daß auch bei uns andere Stimmen zu hören waren. Was wir jetzt aber beim Anlaufen der Binnenkonjunktur sehen, gibt meines Erachtens jenen Recht, die den Weg der Finanzierung über die notwendigen Opfer und die Konsolidierung des Haushaltes für den soliden, für den richtigen Weg hielten. Das zahlt sich jetzt aus.

Liebe Freunde, unsere bisherige Bilanz kann sich sehen lassen. Die Außenpolitik ist wieder klar und berechenbar. Im Verhältnis zwischen den beiden Staaten in Deutschland ist keine Eiszeit eingetreten, im Gegenteil. Wir haben wesentliche menschliche Erleichterungen erreicht. Bei allen entscheidenden Wirtschaftsdaten sind wir heute wieder die Nummer eins in Europa, und auch in vielen Fällen Nummer eins, zwei oder drei in der Spitzengruppe der modernen Wirtschaftsnationen dieser Erde. Die Sozialleistungen kommen wieder in immer stärkerem Maße denen zugute, die wirklich darauf angewiesen sind.

Wir haben in der Umweltpolitik nicht nur geredet, sondern gehandelt, und viele die da kritisch am Wegrand stehen, die kann ich nur einladen, einmal mit unseren europäischen Nachbarn und Freunden darüber zu diskutieren. Ich sehe jetzt mit großem Interesse, daß in den letzten vierzehn Tagen die Senatoren und Abgeordneten des Elsaß dazu aufgerufen haben, die deutschen Daten zu übernehmen. Ich habe dieser Tage französischen Gästen gesagt, ich hätte das alles viel lieber schon vor sechs Monaten gehört. Nachdem es jetzt in den Vogesen ähnliche Verhältnisse gibt wie bei uns seit drei Jahren im Schwarzwald, ist der Begriff des Waldschadens — und die Katastrophe, die uns möglicherweise hier ins Haus steht — erst jetzt richtig erfaßt worden.

Auch auf diesem Feld haben wir übrigens ein Beispiel für einen grundlegenden Stimmungswandel binnen zwölf Monaten. Ich denke an Buschhaus. Ernst Albrecht wird es im Landtagswahlkampf als ein besonders eindrucksvolles Beispiel für gelungene Umweltschutzmaßnahmen vorstellen. Wir werden deutlich machen können, daß unsere Entscheidung absolut richtig war: Sie dient den Menschen, und zwar nicht nur denen in der Region Buschhaus, sondern auch den Berlinern — entgegen so mancher damaligen Befürchtung auch in unseren eigenen Reihen. Nüchtern betrachtet zeigt auch Buschhaus, daß wir in der Umweltpolitik eine Pilotfunktion in Europa wahrnehmen.

Liebe Freunde, über alle diese Leistungen müssen wir mit unseren Mitbürgern sprechen. Wir müssen ihnen zugleich sagen, daß wir diesen Weg weitergehen, weil er der richtige Weg ist. Das setzt jedoch voraus, daß wir in den eigenen Reihen — bei aller notwendigen Diskussion um Sachentscheidungen, die zu einer demokratischen Partei nun einmal dazugehört — den einmal beschlossenen Weg auch innerlich bejahen.

Ich fürchte niemals Sachdiskussionen in der Partei. Es ist absurd zu glauben, daß eine Volkspartei, in der alle Gruppen der Bevölkerung ihre politische Heimat finden, daß eine solche Volkspartei etwa eine Steuerreform diskutieren könnte ohne kritische Auseinandersetzung. Notwendigerweise werden der Betriebsrat, der Handwerker mit zwei, drei Mitarbeitern, der Einzelhändler, der Vorstandsvorsitzende eines Großunternehmens, der Bauer die Diskussion nicht unter den gleichen Perspektiven betrachten. Entscheidend ist — und das war unser wesentlichster Beitrag in der jetzt über vierzigjährigen Geschichte unserer Partei —, daß eine Volkspartei in sich die Integrations-

kraft entwickelt, die Gruppen zusammenführen, und das haben wir getan. Und unsere Chance besteht auch darin, daß — wenn Sie die Alternative betrachten — die deutsche Sozialdemokratie, die andere große Säule der deutschen Demokratie, sich gegenwärtig in einem schlimmen Zustand präsentiert. Niemand kann in den entscheidenden Fragen sagen, was die SPD will. Will sie wirklich das Ja zur NATO, will sie die Bundeswehr, will sie in der Deutschlandpolitik die Position des Grundgesetzes beibehalten, will sie

die Staatsbürgerschaft der DDR anerkennen, was will sie im Umweltschutz, sagt sie ja oder nein zur Kernkraft, sagt sie ja oder nein zu den dringend notwendigen Entwicklungen unserer Verkehrsinfrastruktur? Aus der parlamentarischen Arbeit wissen wir, daß in den meisten Feldern der Politik die SPD heute weit mehr im Schlepptau der GRÜNEN ist als umgekehrt — ein Zustand, den ich noch vor vier Jahren für undenkbar gehalten hätte. Die Konzeptionslosigkeit der deutschen Sozialdemokratie ist ein Trauerspiel.

Wir dagegen müssen konsequent unseren Weg gehen. Wir haben keine Stimmen zu verschenken an wen auch immer. Wir müssen uns bei allen diesen Wahlen als CDU bewähren. Ich selbst werde, auch getragen durch Ihr Vertrauen, meine Pflicht tun, das heißt die notwendigen Entscheidungen durchsetzen. Wenn Sie auf die letzten drei Jahre zurückblicken, werden Sie feststellen: Entscheidung für Entscheidung ist durchgesetzt worden. So wollen wir das auch für den Rest der Legislaturperiode halten. Aber ich war mir immer im klaren, daß wir nicht in einer Sonnenscheinperiode unserer Republik in die Regierungsverantwortung kamen, sondern in einer sehr stürmischen Phase. Aber, ich bin sicher, wir alle haben die Kraft und die Pflicht, diese Herausforderung zu bestehen. Es geht jetzt darum, daß wir zusammenhalten — auch im kritischen Gespräch, wenn Kritik am Platz ist —, daß wir aber jederzeit auch draußen sagen: Wir schaffen es. Und es wird gewiß auch nützlich sein, wenn wir uns gelegentlich selbst einmal loben.

Zelt-Plakatausstellung „40 Jahre CDU“

Anziehungspunkt im Herzen zahlreicher Großstädte. Die Bundesgeschäftsstelle hat aus Anlaß des 40jährigen Jubiläums der CDU politische Plakate, Fotos und Graphiken ausgewählt, die im Rahmen einer Wanderausstellung (in einem 175 m² großen Rundzelt) die Geschichte der CDU dokumentieren.

Zusätzlich wird dem Besucher mit einer Videovorführung die politische Entwicklung Deutschlands in den letzten 40 Jahren nahegebracht.

Standort der Plakatausstellung ist jeweils ein vom Publikum stark frequentierter Platz im Zentrum einer vom jeweiligen Landesverband bestimmten Stadt.

Heiner Geißler:

Die besseren Argumente sind auf unserer Seite

Wir schlagen Ihnen heute vor, daß wir für den Herbst eine Reihe von Kampagnen in Gang setzen. Dazu gehört die Beschäftigungsaktion 10 000, eine Umweltaktion und eine Kampagne „Neue Partnerschaft“. Wir wollen ferner die „40 Jahre CDU“ verbinden mit einer Mitgliederwerbeaktion.

Wir schlagen Ihnen heute noch kein Wahlkampfkonzept vor, das wäre zu früh. Der Bundesvorstand wird auf seiner Klausurtagung eine Diskussion über das Wahlkampfkonzept und das Wahlkampfprogramm führen. Wir wissen jetzt noch nicht, welche Themen im Wahlkampf des nächsten Jahres im Vordergrund stehen werden. Deshalb werden wir uns auf alle möglichen Themen vorbereiten. Wir werden sicherlich die Erfolge unserer Regierungspolitik darstellen, aber wir müssen auch eine Perspektive bieten, wie unsere Politik über den Wahltag hinaus aussehen wird. Wir müssen eine Antwort darauf geben, wie wir die Renten sichern wollen. Dieses Thema wird eine große Rolle spielen, von dieser Frage sind 12 bis 15 Millionen Menschen unmittelbar betroffen. Wir brauchen ferner, auch wenn es sich hier um eine geringere Zahl von Mitbürgerinnen und Mitbürgern handelt, eine Definition unserer Landwirtschaftspolitik, die den bäuerlichen Familienbetrieben eine langfristige Perspektive geben muß. Mit diesen beiden Themen werden wir uns unter anderem auf der Klausurtagung des Bundesvorstandes beschäftigen.

Wir müssen den Bürgern erklären, warum sie am Wahltag 1987 die CDU wählen sollen und nicht die sozialdemokratische Partei. Wir müssen ihnen erklären, war-

um sie die SPD nicht wählen können. Wir müssen den Menschen klarmachen, daß wir uns in einem tiefgreifenden Prozeß des wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Wandels befinden, und daß dieser Prozeß begleitet ist von Interventionen und Pressionen machtvoller Verbände und Organisationen. Wir müssen klarmachen, daß wir auf dem Hintergrund dessen, was wir vorgefunden haben, viel erreicht haben. Gemessen an unseren Zielen haben wir aber eine Aufgabe, die weit über die nächste Legislaturperiode hinausgeht.

Wir müssen deutlich machen, daß diese Aufgabe nur von der Christlich-Demokratischen Union bewältigt werden kann. Nur wir können die Zukunft der Bundesrepublik Deutschland als eine moderne Industrienation sichern.

Zu dieser Industriegesellschaft gibt es keine Alternative, aber es gibt humane und soziale Alternativen in dieser Industriegesellschaft. Wir müssen unser Ziel eines modernen Industriestaates verbinden mit der Konzeption einer Gesellschaft mit einem menschlichen Gesicht. Und dieses zweite Kapitel, Gesellschaft mit einem menschlichen Gesicht, das müssen wir ausfüllen mit den Themen Familie, neue Partnerschaft, Umwelt, kleine Lebenskreise.

Wir bewegen uns auf eine neue Zeit zu mit neuen wirtschafts- und gesellschaftspolitischen Strukturen. Wir müssen als Christlich-Demokratische Union die Kulisse dieser neuen Zeit ausreichend beschreiben. Diese Kulisse kann man, was die Wirtschafts- und Beschäftigungspolitik anbelangt, mit den Begriffen Technologie und Qualifikation umschreiben. Wir müssen die Aufgabe, den Wandel zu bewältigen, mit dem Namen der Christlich-Demokratischen Union verbinden. Wir haben dafür die mittel- und langfristigen Konzepte. Der Stuttgarter Parteitag stand unter diesem Thema, und was wir dort diskutiert und beschlossen haben, ist nicht veraltet. Wir müssen es aber nicht nur in der Regierungspolitik durchsetzen, sondern auch deutlich machen, daß hier eine Perspektive für alle Bürger liegt.

Wir werden erleben, daß die Sozialdemokraten ihre propagandistischen Apparate, ihre publizistischen Verbündeten und ihre organisatorischen Hilfstruppen hemmungslos, ich benutze dieses Wort ausdrücklich, hemmungslos und skrupellos in den Dienst einer Kampagne der Vernebelung, der Verschleierung und der Sozialdemagogie stellen werden. Darauf müssen wir uns einstellen.

Der DGB-Vorsitzende Breit hat neulich behauptet, die Aktionswoche im Oktober, die der DGB durchführt, habe keinen parteipolitischen Hintergrund, sondern richte sich gegen die Regierungspolitik. Es ist eine gute Sache gewesen, daß der Bundeskanzler die Tarifpartner wieder zusammengebracht hat, eine großartige Initiative. Aber ich möchte doch einmal folgendes festhalten: Der Bundeskanzler hat auf dem Hintergrund der Erblast unsere unbezweifelbaren wirtschafts- und konjunkturpolitischen Erfolge aufgezählt. Er hat zu Recht genannt: wirtschaftliches Wachstum, Preisstabilität, Zinssenkung, gesteigerte Ausrüstungs-

investitionen, ein klassischer positiver Konjunkturverlauf, Abbau der Kurzarbeit um über eine Million, Zunahme der Beschäftigtenzahlen und den Stopp des Zuwachses an Arbeitslosigkeit, obwohl ca. 150 000 junge Leute auf den Arbeitsmarkt drängen.

Wenn die SPD-Regierung vor drei oder vier Jahren solche Erfolge hätte aufweisen können, dann hätte der DGB nicht gegen die Regierung demonstriert, sondern hätte Helmut Schmidt einen eigens gestifteten Ernst-Breit-Preis für Arbeit und Frieden überreicht. Aber wir sind in einer Situation, in der wir auf unsere Erfolge aufmerksam machen müssen, wenn im Oktober die Auseinandersetzung beginnt.

Wir stehen da vor einer schwierigen Frage. Ich werde immer wieder gefragt: Was machen wir eigentlich, wenn wir vom DGB eingeladen werden? Ich bin der Auffassung, wir verhalten uns demokratisch: Wenn wir eingeladen werden zur Diskussion und wenn wir sprechen können, dann gehen wir hin, und wenn wir das Wort nicht ergreifen können, dann schlage ich vor, daß wir wegbleiben.

Ich halte es angesichts der unbestreitbaren Erfolge in der Beschäftigungspolitik für unmöglich, daß christliche Demokraten an Protestaktionen des Deutschen Gewerkschaftsbundes gegen die eigene Bundesregierung, gegen den Bundeskanzler und gegen den Bundesarbeitsminister teilnehmen. Die Sozialdemokraten, die haben das Haus angezündet, der DGB stand dabei und hat zugeguckt, und jetzt wollen beide zusammen die Feuerwehr spielen, nachdem wir den Brand gelöscht haben.

Wir haben es nicht nötig als christliche Demokraten an Massenkundgebungen teilzunehmen, das Wort nicht ergreifen zu dürfen, und uns dann von Funktionären des DGB, die das SPD-Parteibuch in der Tasche haben, beschimpfen zu lassen. Im Herbst 1983, bei der Auseinanderset-

zung mit der sogenannten Friedensbewegung, haben wir auf 10 000 Friedenstagen unsere Argumente im Volk diskutiert und uns durchgesetzt. Die Friedensbewegung ist nach diesem Herbst 1983 nicht mehr erfolgreich gewesen. Wir sollten jetzt in einer ähnlichen Aktion — ich habe sie Beschäftigungsaktion 10 000 genannt — auf allen Ebenen unsere Argumente zur Beschäftigungspolitik mit den Tarifpartnern, mit den gesellschaftlich relevanten Gruppen diskutieren und die Leute informieren. Es geht vor allem darum, daß wir über das Beschäftigungsförderungsgesetz, also über die verbesserten Möglichkeiten der Teilzeitarbeit, die Möglichkeiten der Arbeitsplatzteilung und der befristeten Arbeitsverträge, die Unternehmer, die Betriebsräte, die Gewerkschaften informieren. Ich will ihnen ein Beispiel bringen. Wir haben das Erziehungsgeld- und Erziehungsurlaubsgesetz jetzt in der Bundesregierung beschlossen, es wird im Parlament beraten. Wir haben 4,2 Millionen Frauen im Alter von 20 bis 40 Jahren die Möglichkeit gegeben, den Wunsch nach einem Kind zu verbinden mit der Erhaltung ihres Arbeitsplatzes. Wir machen dies für die Wirtschaft — vor allem für die mittelständische Wirtschaft — dadurch möglich, daß wir befristete Arbeitsverträge für Ersatzkräfte zulassen. Wir rechnen damit, daß 300 000 Männer oder Frauen den Erziehungsurlaub in Anspruch nehmen. Wenn dann nur für die Hälfte dieser Erziehungsurlauberinnen oder Erziehungsurlauber Ersatzkräfte eingestellt werden, dann wird allein diese Entlastung des Arbeitsmarktes von 150 000 bis 200 000 Stellen bringen können. Nur: Die Leute müssen informiert werden. Ich bin manchmal überrascht, wie selbst Präsidenten von Industrie- und Handelskammern und Handwerkskammerpräsidenten nicht informiert sind über die Möglichkeiten, die wir jetzt geschaffen haben.

Diese Beschäftigungsaktion 10 000 soll den Sinn haben, die Leute positiv zu informieren gegenüber der Negativkampagne des Deutschen Gewerkschaftsbundes. Der DGB hat ja nichts anderes zu bieten als die alten Rezepte der 70er Jahre, von denen wir wissen, daß sie keinen Beschäftigungseffekt haben.

Die SPD hat überhaupt keine Alternative. Sie hat kein wirtschaftspolitisches Konzept in einer Zeit, in der die Wirtschafts- und die Gesellschaftspolitik zu einer Schicksalsfrage geworden ist. Die Sozialdemokraten haben auf ihrem letzten Parteitag die Diskussion und die Entscheidung über ein wirtschaftspolitisches Konzept ausdrücklich vertagt. Die Diskussion darüber findet auf dem Parteitag im nächsten Jahr statt. Herr Professor Barling, sicher kein CDU-Mitglied, hat zu Recht erklärt, eine Partei, die sich kein wirtschaftspolitisches Konzept erarbeitet, kann unmöglich als befähigt angesehen werden, die Regierungsverantwortung zu übernehmen. Die SPD hat kein wirtschaftspolitisches Konzept, weil sich die Flügel der Partei nicht einigen können.

In der Außenpolitik ist die Politik der SPD ebenfalls nicht definierbar. Wir haben in einer großen Dokumentation dargestellt, was führende Sozialdemokraten über Amerika gesagt haben und was sie über die Sowjetunion und Afghanistan nicht gesagt haben. Es ist übrigens schon immer die Methode der Linken gewesen, solchen inhaltlichen Auseinandersetzungen auszuweichen und abzugleiten in persönliche Diffamierungen. Das haben wir in den letzten Monaten immer wieder erlebt. Wir dürfen uns nicht einschüchtern lassen, wir müssen zur Sache diskutieren und klarmachen, wer in der SPD was verkündet und vertritt.

In der SPD gibt es außenpolitisch drei große Gruppierungen. Da sind die Alt-Godesberger wie Helmut Schmidt: fossile

Rudimente einer vergangenen SPD, die nichts mehr zu sagen haben. Dann haben wir die zweite Gruppe, die Mehrheitsfraktion unter der Schirmherrschaft von Willy Brandt. Das sind Leute wie Eppler, Lafontaine oder Schröder, der in Niedersachsen als Kandidat aufgestellt worden ist: diese Leute haben ein klares neutralistisches Konzept, man kann ihre Aussagen nicht anders interpretieren. Es gibt eine dritte Gruppe, das sind die Opportunisten, die hängen die Fahne nach dem Winde: der Fraktionsvorsitzende Vogel und der nordrhein-westfälische Ministerpräsident gehören zu dieser Gruppe. Deswegen muß die Auseinandersetzung mit der SPD, besonders was Johannes Rau angeht, so geführt werden, daß wir diese Opportunisten zwingen, sich zur Sache zu äußern. Sie müssen sagen, welchen Kurs innerhalb der SPD sie für richtig halten und welchen nicht.

Die SPD wird einen Stimmungswahlkampf machen. Wir müssen dagegen klarmachen, daß es in der Politik um Inhalte geht und durch eine Strategie der Aufklärung die emotionalen Nebelschleier zerreißen.

Der Kurswechsel der SPD ist auch das Ergebnis eines analytischen Fehlers. Die Sozialdemokraten reduzieren die Auseinandersetzung zwischen Ost und West auf eine quasi-nationalstaatliche Rivalität zwischen zwei Supermächten und blenden aus, daß die Spannungen zwischen Ost und West begründet sind in der Unvereinbarkeit von Freiheit und Diktatur. Sie verharmlosen die Menschenrechtsverletzungen der Sowjetunion und die aggressiven Tendenzen ihrer Außenpolitik. Wir sollten im Laufe des Winters die Frage Menschenrechte zu einem Thema unserer Parteiarbeit machen. So können wir deutlich machen, daß unsere Verteidigungs- und Außenpolitik moralisch begründet ist. Der Konsens in unserer Verteidigungs- und Außenpolitik, ihre mora-

lische Begründung, droht verloren zu gehen, wenn wir nicht immer wieder deutlich machen, welche Werte wir in dieser Demokratie haben, welche Werte wir verteidigen, wer diese Werte bedroht und wer unsere Freunde und wer unsere Gegner sind. Dies ist kein Widerspruch zur Außen- und Ostpolitik des Bundeskanzlers. Im Gegenteil, unsere Politik basiert auf den beiden Säulen Verteidigungsbereitschaft und Abbau von Spannungen. Abbau von Spannungen setzt aber voraus, daß wir in den westlichen Demokratien verteidigungsbereit und verteidigungsfähig bleiben. Dies schaffen wir nur, wenn wir uns einig sind über die Grundwerte, über die moralischen Werte, die wir zu verteidigen haben.

Die Fragen Afghanistan und Menschenrechtsverletzungen in der Sowjetunion sind Fragen, die für die Sozialdemokraten außerordentlich unbequem sind, und sie neutralisieren diese Fragen durch das Nicaragua-Syndrom: die Sozialdemokraten behaupten, was für die Sowjets Afghanistan ist, ist für die Amerikaner Nicaragua. Wir müssen das aufgreifen und über die wirkliche Lage in Mittelamerika informieren.

Wir werden Ende Oktober einen Nicaragua-Report hier in diesem Saale durchführen, und auf dieser Veranstaltung werden Betroffene aus Nicaragua, verfolgte christliche Demokraten und Sozialdemokraten, über die wirkliche Lage in Nicaragua berichten und deutlich machen, worum es uns hier in dieser Frage geht.

Vor wenigen Tagen ist die Tochter Napoleon Duarte von linken Guerilleros entführt worden; heute habe ich in der Zeitung gelesen, daß über 20 christlich-demokratische Bürgermeister in El Salvador von den Linken entführt worden sind. Wir müssen die Sozialdemokraten fragen, auf welcher Seite sie eigentlich stehen in Mittelamerika, auf der Seite des hem-

ungslosen Antiamerikanismus oder auf der Seite der Menschenrechte. Wir reden bei dieser Menschenrechtsdiskussion nicht nur über die Menschenrechtsverletzungen in den kommunistischen Staaten; die Menschenrechtsverletzungen in rechten Diktaturen, auch in Südafrika, berühren uns genauso wie die Menschenrechtsverletzungen in kommunistischen Staaten. Wir kämpfen für die Menschenrechte überall auf der Welt. Diese Menschenrechtsaktion wird ein wichtiges Element in der Auseinandersetzung der nächsten Monate sein.

Wir werden dies alles nur schaffen können, wenn wir gleichzeitig die Mitgliederwerbung vorantreiben. Das setzt voraus, daß wir als Partei offen bleiben für alle gesell-

Der Wahlkampf und der Wahlsieg der CDU muß von möglichst vielen Deutschen als eine nationale und europäische Aufgabe begriffen werden. Wir haben bemerkenswerte Erfolge vorzuweisen. Alle diese Erfolge sind unter der Führung von Helmut Kohl zustande gekommen. Es geht jetzt darum, diese Erfolge offensiv, selbstbewußt und überzeugend zu vertreten. Ich habe bei anderer Gelegenheit einmal gesagt und wiederhole es hier: Nur wer sich selber imponiert, imponiert auch anderen.

schaftlichen Gruppen, daß wir präsent bleiben in allen gesellschaftlichen Bereichen. Es steht uns ein schwerer Wahlkampf bevor. Wir werden uns darauf gut vorbereiten. Die besseren Argumente sind auf unserer Seite.

Wir können nicht verhindern, daß auch in der Zukunft der eine oder andere Spion in die DDR geht. Die meisten dieser Spione sind übrigens in den 70er Jahren eingestellt worden. Aber wir müssen verhindern, daß die Regierung und der Bundeskanzler aus den eigenen Koalitionsreihen angegriffen und in der Koalition der Streit so fortgesetzt wird, wie das in den letzten Monaten der Fall war. Mehr will ich dazu im Moment nicht sagen. Ich habe mich bisher zurückgehalten, das muß nicht immer so bleiben.

Mobile Plakatausstellung „40 Jahre CDU“

Eine ideale Ausstellungsform für jeden Verband. Überall im Lande wird die „mobile Plakatausstellung“ bereits genutzt und stößt auf große Resonanz. Es zeigt sich: Information in Bild und Wort macht die 40jährige Geschichte der CDU für den Bürger transparent und regt vor allem zu zahlreichen Gesprächen am Rande der Ausstellung an.

Und so sieht das Ausstellungspaket aus:

- 30 Stellwände 70 cm x 180 cm (mit stabiler Steckverbindung, verschleißarm) mit 40 politischen Plakaten DIN A1 sowie 12 Textinformationen (fertig auf Stellwände aufgezogen; sofort einsatzbereit)
- Sicherer Transport in drei soliden Holzboxen frei Haus
- Komplettpreis: 750,— DM zzgl. MwSt.

Bestellung nur **schriftlich** an: CDU-Bundesgeschäftsstelle, Abt. Öffentlichkeitsarbeit, Konrad-Adenauer-Haus, 5300 Bonn 1

Gespräch mit den Bischöfen

Im Mittelpunkt eines Gesprächs, das von dem CDU-Vorsitzenden, Bundeskanzler Helmut Kohl, und dem Vorsitzenden der Deutschen Bischofskonferenz, Kardinal Joseph Höffner, geleitet wurde, standen Fragen der Wertorientierung und der Wertvermittlung in einer Zeit des gesellschaftlichen und technologischen Wandels. Die Gesprächspartner waren sich einig, daß es trotz krisenhafter Erscheinungen auch eine Reihe positiver Entwicklungen gebe. Die Jugend suche nach einer Orientierung, und die Bereitschaft zur Hilfe für die Dritte Welt zeige, daß viele Menschen ihre Mitverantwortung wahrnehmen.

Von seiten der Bischöfe wurde vor allem auf die Gefährdung von Ehe und Familie hingewiesen und auf die hohe Zahl von Abtreibungen. Anzuerkennen seien allerdings auch die vielfältigen sozial- und familienpolitischen Maßnahmen, die zu einer spürbaren Verbesserung der Lage der Familie beigetragen hätten und geeignet seien, unsere Gesellschaft kinderfreundlicher zu machen. Anzuerkennen sei auch die deutlich verstärkte Hilfe für werdende Mütter, die sich in einer Notlage befinden. Auf die Forderung, das Leben der ungeborenen Kinder auch unter den vollen strafrechtlichen Schutz zu stellen, könne aber aus der Sicht der Kirche nicht verzichtet werden. Dabei gehe es in erster Linie nicht um Strafe, sondern um das Rechtsbewußtsein in unserer Gesellschaft. Dieses werde durch die Finanzierung von Abtreibungen durch öffentliche Kassen fortlaufend beeinträchtigt.

Übereinstimmend festgestellt wurde, daß sich in den letzten Jahren ein Wandel in dem Bewußtsein der Bevölkerung vollziehe. So sei die Tatsache, daß es sich bei dem ungeborenen Kind um einen Menschen von Anfang an handele, immer bekannter geworden.

Die Pflege einer echten Vaterlandsiebe ist nach übereinstimmender Auffassung in den letzten Jahren vernachlässigt worden. Vaterlandsiebe widerspreche weder

dem europäischen Gedanken noch handele es sich um ein bloßes Gefühl. Die lebendige Anteilnahme am Wohl und Wehe des Volkes sei eine sittliche Pflicht.

Die Fragen im Bereich der Gentechnologie seien von einer hohen moralischen und ethischen Qualität. Kirche und Politik müßten in diesem Bereich eng zusammenarbeiten und sich gegenseitig ergänzen. Es dürfe nicht zu Entwicklungen kommen, die ins Inhumane umschlagen. Es gehe dabei aus christlicher Sicht um ein Bild vom Menschen, der als Ebenbild Gottes nicht der Verfügbarkeit des Menschen ausgeliefert werden dürfe.

Die Beseitigung der hohen Arbeitslosigkeit und die Schaffung neuer Arbeitsplätze wurde von den Gesprächspartnern als ein vordringliches Problem bezeichnet. Man müsse diese Frage unter dem Gesichtspunkt der Solidarität sehen. Um die Arbeitslosigkeit zu beseitigen, bedürfe es einer dynamischen Wirtschaft, die in der Lage sei, auch weiterhin neue Arbeitsplätze zu schaffen. Allerdings sei auch eine Reihe anderer Maßnahmen, etwa durch bessere Qualifizierung und durch Flexibilisierung, erforderlich. Auch dürfe man diese Frage nicht nur im nationalen Rahmen sehen. Die Arbeitslosigkeit zum Beispiel in den Ländern der Dritten Welt sei ein ebenso drängendes Problem. Es wurde vereinbart, den Gedankenaustausch fortzusetzen.

Die Lage der Gemeinden hat sich spürbar verbessert

„Den Bürgern Heimat geben“. Unter diesem Motto stand der zweitägige Kongreß der Kommunalpolitischen Vereinigung der CDU/CSU (KPV) vom 19. bis 21. September 1985 im Bonner Konrad-Adenauer-Haus.

Mit überwältigender Mehrheit wurde der langjährige Vorsitzende der KPV, Staatssekretär Horst Waffenschmidt, wiedergewählt. Für Waffenschmidt stimmten 194 Delegierte, vier Delegierte enthielten sich der Stimme, sechs stimmten dagegen.

Horst Waffenschmidt hatte vor seiner Wahl in Anwesenheit von Bundeskanzler Helmut Kohl der Bundesregierung für ihr Engagement zugunsten der Menschen in den Gemeinden gedankt. Die Lage der Gemeinden habe sich spürbar verbessert.

Scharfe Kritik übte Waffenschmidt an der SPD, deren Versprechungen und Taten in krassem Widerspruch zueinander stünden. Waffenschmidt forderte die Kommunalpolitiker der Union auf, die bürgerfreundliche Politik der von Helmut Kohl geführten Bundesregierung der Bevölkerung verständlich zu machen. „Hinhören, wo die Bürger Sorgen haben und deutlich machen, daß wir ihre berechtigten Anliegen aufnehmen“, sei wichtig. Die Forderungen der SPD nannte der Vorsitzende unglaublich, weil die SPD unter ihrer Regierungsverantwortung jahrelang eine Politik zu Lasten der Gemeinden betrieben hätte.

Bundeskanzler Helmut Kohl, der eine vielbeachtete Rede hielt, sagte, er sei sicher, daß die Union die Wahl Anfang 1987 gewinnen werde. Die Bundesrepublik werde wie beim Wiederaufbau des Landes nach 1945 auch künftig die Hand-schrift der Union tragen. Dazu gebe es keine Alternative. Käme die SPD zum Zuge, sei alles umsonst, was die Union

aufgebaut habe, stellte Kohl unter großem Beifall fest.

Außer Helmut Kohl sprachen die Bundesminister Oscar Schneider, Norbert Blüm und Heinz Riesenhuber zu den Delegierten. Ein Grußwort richtete Bernhard Worms, stellvertretender Bundesvorsitzender, an den Kongreß.

In seinem Rechenschaftsbericht stellte Horst Waffenschmidt die Erfolge der Bundesregierung in einem 20 Punkte umfassenden Erfolgskatalog heraus. (Siehe Dokumentation im grünen Teil dieser Ausgabe.)

Die günstige Entwicklung der Kommunal-finanzen hat auch im ersten Halbjahr 1985 angehalten. Bis Juni 1985 hatten die Kommunen einen Finanzierungsüberschuß von 153,3 Millionen DM.

Die kommunalen Steuereinnahmen stiegen weiter kräftig an, nämlich um 4,8 %, und zwar von 22,3 Mrd. DM im Vergleichszeitraum des Vorjahres auf 23,4 Mrd. DM im ersten Halbjahr 1985.

Die Bundesversammlung forderte Städte, Gemeinden und Kreise auf, den wieder-gewonnenen finanziellen Handlungsspielraum noch stärker für kommunale Investitionen einzusetzen, um damit einen wichtigen Beitrag zur Überwindung der Arbeitslosigkeit zu leisten.

Beschäftigungsaktion 10 000

Mehr Beschäftigungschancen zu schaffen — das ist gegenwärtig die wichtigste Aufgabe. Mit der Wiederbelebung der Wirtschaft, der Schaffung von Preisstabilität und soliden Staatsfinanzen, dem Beschäftigungsförderungsgesetz und weiteren Maßnahmen hat die Regierung Helmut Kohl die Grundlagen für mehr neue und dauerhafte Arbeitsplätze entscheidend verbessert.

Mit einer „Beschäftigungsaktion 10 000“ werden wir jetzt auf allen Ebenen der Partei die Unternehmen, die Gewerkschaften und die Betriebsräte für den Abbau der Arbeitslosigkeit mobilisieren, genauso, wie wir mit den 10 000 Friedenstagen 1983 unsere Außen- und Verteidigungspolitik erfolgreich vertreten und vermittelt haben.

Veranstalten Sie Lehrstellenbörsen und Aufklärungsaktionen über die neuen gesetzlichen Möglichkeiten, führen Sie z. B. ein Gesprächsforum „CDU-Offensive für mehr Beschäftigung“ durch, bringen Sie in Ihrem Kreis Unternehmer, Gewerkschaften und Betriebsräte zusammen und überlegen Sie gemeinsam, wie vor Ort durch konkrete Maßnahmen und durch die Umsetzung des Beschäftigungsförderungsgesetzes die Arbeitslosigkeit abgebaut werden kann. Durch unsere Beschäftigungs-

Die neue Frau im Kabinett:

Politik für die Frauen hat Vorrang
Rita Süßmuth S.2



Die Politik der Regierung Helmut Kohl greift: Nach drei Jahren ist der größte Schritt, den die SPD hinterlassen hat, beiseite geräumt. Sinkende Zinsen, stabile Preise, volle Auftragsbücher in der Industrie. Die Zahl der Beschäftigten steigt, der Anstieg der Arbeitslosigkeit ist gestoppt. Die Arbeitsplätze werden von Tag zu Tag sichergestellt.

Die Rentenkasse stimmt wieder

Lernen Sie sich von der SPD nicht verrückt machen. Die Renten sind über 30 Milliarden und werden durch die Bundesregierung unter Führung von Helmut Kohl hat die Rentenversicherung wieder aus dem Boden gestampft, nachdem die SPD die Rücklagen total vertriebsfähig gemacht hat. Ohne die Solidarmaßnahmen von Bundesminister Norbert Blum wäre die Rentenversicherung Mitte 1983 zahlungsunfähig gewesen. Heute steht es umgekehrt: Die Rentenversicherung hat die Renten aus eigener Kraft wieder aus dem Boden gestampft. Der Mann, der das möglich gemacht hat, ist der Vizepräsident der CDU, Helmut Blum. Aber auch in anderen Bereichen können Sie sich auf die Bundesregierung verlassen.

CDU extra

Wir lieben Kinder

Erziehungsgeld und Erziehungsurlaub eine runde Sache für Mütter (und Väter) Seite 2

Jetzt geht's los!

- Es gibt wieder mehr Arbeitsplätze
- Der wirtschaftliche Aufschwung zahlt sich aus

Mit Helmut Kohl an der Spitze geht es weiter aufwärts in Deutschland. Der Weg führt aus dem roten in die schwarzen Zahlen. Die drei Jahre lange Arbeit dieser Bundesregierung hat die guten Voraussetzungen dafür geschaffen, daß es wieder mehr Arbeitsplätze gibt. Die Zahl der Arbeitslosen ist gestoppt. Es gibt immer weniger Karrierelose — und was besonders erfreulich ist trotz besonders geburtenstarker Jahrgänge erhalten bald alle Jugendlichen einen Ausbildungsplatz. Lesen Sie auf Seite 2: Aus den roten in die schwarzen Zahlen.

KOMMENTAR

Warum das so ist mit der Arbeitslosigkeit

Helmut Kohl hat die Rentenversicherung wieder aus dem Boden gestampft, nachdem die SPD die Rücklagen total vertriebsfähig gemacht hat. Ohne die Solidarmaßnahmen von Bundesminister Norbert Blum wäre die Rentenversicherung Mitte 1983 zahlungsunfähig gewesen. Heute steht es umgekehrt: Die Rentenversicherung hat die Renten aus eigener Kraft wieder aus dem Boden gestampft. Der Mann, der das möglich gemacht hat, ist der Vizepräsident der CDU, Helmut Blum. Aber auch in anderen Bereichen können Sie sich auf die Bundesregierung verlassen.

Rechnen Sie mal nach!

1983 sind die Einkommen um 6,1 Prozent Energie, aber bei 5,2 Prozent Inflation hatten Sie ein reales Einkommen von minus 1,2 Prozent. Wir haben die Einkommen um gut 9 Prozent gestärkt. Das bedeutet bei einem Einkommenssteigerer von 61 Prozent haben Sie endlich wieder einen tatsächlichen Kaufkraftgewinn. 3 Prozent weniger Preissteigerung und es gibt wie eine Prozentige Renten- oder Lohnsteigerung. Preisstabilität ist somit ein wichtiger Punkt der Sozialpolitik. Stabile Preise wie im Landes-Einkaufszentrum, das ist für Rentner und Arbeitsbeschwerbe die beste Nachricht seit Jahren.

Stückle Seite 3, Kerstin R., die preisbewusste junge Hausfrau.

Bonn zahlt mehr Geld

Die Zahlung von Ar... ab 47 Jahre künftig 18...
Arbeitsnehmer (über 35) ● ab 50 dann 20 Monate...
Finanzlast besser gest...
Zur Zeit können etwa...
100 000 Jahre Arbeitsl...
mehr davon Gebotsuch...
ebens, indem sie sich...
den Arbeitsmarktes ab...
Progressen für...
Wir stellen hier...
400 000 Arbeitsl... 2,7 Mi...
lionen.

Mit Helmut Kohl in die 90er Jahre

Die Politik Helmut Kohls verdient Vertrauen und die Mitarbeit von allen. Ich bin in dieser Entscheidung bei unserer Zusammenarbeit mit der SPD, denn es können wir es für beide Parteien, die die besten wirtschaftlichen Beziehungen zu 120-Präsident Ronald Reagan, dem französischen Staatspräsidenten François Mitterrand und anderen wichtigen...
Kohlscher wirtschaftlicher und internationaler Prestige...
sichern sie im persönlichen Gespräch...
Herzlichste Vertrauensverhältnisse...
schaft sein, die die Zusammenarbeit...
gründlich und fruchtbar gestalten...
bet.

Diese aktuelle Zeitung enthält in vielen Artikeln eine komplette Bilanz der Erfolge der CDU-geführten Bundesregierung. Sie ist das herausragende Verteilmittel für unsere „Offensive '87“.

aktion 10 000 treten wir zugleich aktiv den zu erwartenden Angriffen des DGB entgegen. Unsere Materialien bieten konkrete Beispiele und Anregungen zur Durchführung der Beschäftigungsaktion 10 000 vor Ort.

Mindestabnahme: 250 Stück
Preis pro Mindestabnahme: 14,— DM
Bestell-Nr.: 2690

SIEMENS

- Wir stellen ein:
- Funkelektroniker
- Informationselektroniker
- Lötnerinnen
- Handarbeiterinnen
- Einrichter

- ROBOTSCHLOSSER
- SCHWERSCHREIBER
- KONTROLLEURE
- KAPASITÄTLENKER
- TC-DREHER
- ROBOTSCHLOSSER

- STÄHLE POLIER
- Mechaniker
- Draht
- Fabrik
- Mechanikmeister
- Elektromechaniker
- Werkzeugmacher
- Polierfabrik

- Zusammenfassung
- Stück für Stück
- Stück für Stück
- Stück für Stück
- Stück für Stück
- Stück für Stück
- Stück für Stück
- Stück für Stück

Beschäftigungsaktion
10.000

**CDU-Offensive
für mehr
Beschäftigung**

**Leitfaden
für Aktionen von
CDU-Verbänden**

CDU
sicher
sozial
und frei

**Leitfaden:
CDU – Offensive für mehr
Beschäftigung**
Vorschläge, wie sich die CDU-Verbände vor Ort für mehr Beschäftigung einsetzen können.
Mindestabnahme: 10 Stück
Preis pro Mindestabnahme: 9,30 DM
Bestell-Nr.: 3705
Lieferbar ab 1. Oktober

Jetzt spüren alle: Der Aufschwung läuft Die SPD macht mies

Das Beschäftigungs-Förderungsgesetz der Regierung Helmut Kohl ist ein wichtiger Schritt zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit:

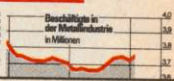
Wir schaffen Arbeit

CDU extra Die Offensive für Beschäftigung

Für die Regierung Helmut Kohl war die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit so etwas, das die wichtigsten Beschäftigungsförderer nicht nur als Mittel, sondern als Ziel der Politik anerkennen. Es war die bessere Politik, Arbeit – und es heißt auch weiter und weiter – zu schaffen. Das ist die Aufgabe der CDU-Offensive für Beschäftigung.

Was bringt das Gesetz?

Das Gesetz ist ein wichtiger Schritt zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit. Es enthält Maßnahmen, die die Beschäftigung fördern und die Arbeitsplätze sichern. Es ist ein wichtiger Schritt zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit.



CDU extra
Wir schaffen Arbeit
Aktuelle Zeitung, die die Erfolge unserer Wirtschaftspolitik zeigt und zu Neueinstellungen auffordert.
Mindestabnahme: 250 Stück
Preis pro Mindestabnahme: 8,50 DM
Bestell-Nr.: 2656

**12seitiges
Faltblatt**
„Jetzt einstellen“
Ausführliche Erläuterungen der Möglichkeiten, die das Beschäftigungsförderungsgesetz bietet.

Mindestabnahme: 100 Stück
Preis pro Mindestabnahme: 18,— DM
Bestell-Nr.: 2658

+++ Offensive für mehr Arbeitsplätze +++

Jetzt einstellen

Informationen zum
Beschäftigungsförderungsgesetz



- Für diese Aktion eignet sich besonders
- die Zeitung CDU extra
 - „Jetzt geht's los“ sowie die Broschüren
 - Von den roten in die schwarzen Zahlen
 - Mehr Arbeitsplätze durch mehr Innovationen
 - SPD — Partei ohne wirtschaftspolitische Alternativen

UNION BETRIEBS GMBH
POSTFACH 24 49
5300 BONN 1



Der Bundeskanzler im Foyer des Konrad-Adenauer-Hauses im Gespräch mit Kreisvorsitzenden der CDU. Im Hintergrund ein Ausschnitt der Materialien, mit denen die CDU-Bundesgeschäftsstelle die Partei für die bevorstehenden Wahlkämpfe ausstattet.

Foto: Presse-Service

UNION IN DEUTSCHLAND — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands.
Für den Inhalt verantwortlich: Axel König, **Redaktion:** Rolf Streubel, Konrad-Adenauer-Haus, 5300 Bonn, Telefon (02 28) 54 41, Btx-Nr. * 544 11 # **Verlag:** Union Betriebs GmbH, Argelanderstraße 173, 5300 Bonn, Telefon (02 28) 22 10 81. **Vertrieb:** Telefon (02 28) 5 44-3 04. **Verlagsleitung:** Dr. Uwe Lütjhe, Eberhard Luetjohann. **Bankverbindung:** Sparkasse Bonn, Konto Nr. 7 504 152 (BLZ 380 500 00), Postgironkonto Köln Nr. 2214 31-502 (BLZ 370 100 50). Abonnementspreis jährlich 48,— DM. Einzelpreis 1,20 DM. **Druck:** VVA-Druck, Düsseldorf.

UID